

899/AB

vom 17.07.2018 zu 899/J (XXVI.GP)

BMVRDJ-Pr7000/0095-III 1/2018

 Bundesministerium
Verfassung, Reformen,
Deregulierung und Justiz

Museumstraße 7
1070 Wien

Tel.: +43 1 52152-0
E-Mail: team.pr@bmvrdj.gv.at

Herr
Präsident des Nationalrates

Zur Zahl 899/J-NR/2018

Die Abgeordneten zum Nationalrat Petra Wimmer, Genossinnen und Genossen haben an mich eine schriftliche Anfrage betreffend „ausständiger Erlass des BMI im Zusammenhang mit Misshandlungsvorwürfen gegenüber der Polizei“ gerichtet.

Ich beantworte diese Anfrage aufgrund der mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu 1:

Das Bundesministerium für Inneres (BM.I) hat am 19. Juni 2018 zwei Erlässe mit Bezug zum Anfragegegenstand, nämlich einerseits einen Erlass betreffend Misshandlungsvorwürfe, GZ BMI-OA1305/0147-II/1/c/2018, und andererseits einen Erlass betreffend Zwangsmittelanwendungen, BMI-OA1300/0111-II/8/2018, herausgegeben. Beide Erlässe wurden im Vorfeld mit dem Bundesministerium für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz (BMVRDJ) abgestimmt.

Das BMVRDJ hat seinerseits den Erlass vom 25. Juni 2018 über das Vorgehen bei Misshandlungsvorwürfen gegen Organe der Sicherheitsbehörden und Strafvollzugsbediensteten, GZ BMVRJD-S880.014/0013-IV/2018, herausgegeben. Dieser Erlass wurde im Vorfeld mit dem BM.I abgestimmt und ist als Beilage angeschlossen.

Wien, 17. Juli 2018

Dr. Josef Moser

